

Die unehrliche Debatte um die Rütterscheider Außengastronomie

Einige Fakten und Meinungen

Um unsere Position kurz auf den Punkt zu bringen:

- Rütterscheid ist ein lebenswerter Stadtteil, auch aufgrund seiner Außengastronomie. Aber Rütterscheid muss auch Lebensraum für alle Anwohner sein.
- Ein Großteil der Rütterscheider Außengastronomie wäre ohne das Engagement von Lokalpolitikern, gerade auch der SPD, niemals entstanden. Dabei wurden zahlreiche Sachentscheidungen von einer breiten oder sogar einstimmigen Mehrheit in der zuständigen Bezirksvertretung (BV) II getroffen. Einzelne Personen oder Fraktionen an den medialen Pranger zu stellen, ohne die Öffentlichkeit sachlich und differenziert über die Hintergründe aufzuklären, ist daher unehrlich und gewollt diskriminierend. Hier werden bestimmte Meinungen durch die Medien und die CDU transportiert.
- Wir als SPD fordern keineswegs eine Einschränkung des bestehenden Angebots an Außengastronomie. Doch aufgrund der vielen Anfragen zur Einrichtung neuer Zonen für die Außengastronomie und des sinkenden Angebotes dafür geeigneter Flächen¹ ist es uns wichtig, jeden Fall einzeln genau zu betrachten und dann ausgewogen zu entscheiden. Nur so ist ein vernünftiger Interessenausgleich zwischen Anwohnern, Gastronomen und Besuchern des Stadtteils möglich.
- In diesem Sinne haben sowohl die SPD-Fraktion als auch der Bezirksbürgermeister in der BV II bisher gehandelt und werden dies auch weiterhin tun.

Für die aktuelle Diskussion, die in der Presse unter dem Titel „Tische-Krieg“ läuft, sind uns einige Punkte besonders wichtig:

- Die Bezeichnung „Tische-Krieg“ ist unwürdig, unsachlich und wohl dem medialen Ego der WAZ bzw. des verantwortlichen Redakteurs geschuldet um bewusst Stimmung gegen die Mehrheitskoalition in der BV II zu betreiben. Unsere Aufforderung an die Printmedien wäre daher, wie man bei uns sagt, „den Ball doch mal flach zu halten“ und auch unsere Argumentationen darzustellen
- Es ist schlichtweg falsch und unseriös zu unterstellen, dass die SPD eine Reduzierung der Außengastronomie in Rütterscheid fordert oder diskutiert! Es geht uns ausschließlich darum, weitere Ausweitungen mit Augenmaß und individueller Rücksichtnahme auf alle Anwohner durchzuführen.
- Alle Gastronomen sind in Rütterscheid gerne gesehen, und wir erwarten von ihnen, dass sie sich an Recht und Gesetz sowie an die mit der Genehmigung verbundenen Bedingungen halten.

¹ Anfang 2011 gab es – mit Blick auf die Außengastronomie – eine Mitteilung der Verwaltung, dass einmal getroffenen Entscheidungen präjudizierend sind. Beschränkungen und Rücknahmen wurden als kaum möglich bezeichnet

- Einige Gastronomen haben unerlaubt Flächen genutzt oder sich ausgeweitet und in ihren Außenbereichen eine Lärmentwicklung über den genehmigten Zeitraum hinaus zugelassen. So gehen die Genehmigungen in der Regel davon aus, dass ab 22.00 Uhr Nachtruhe herrscht.
- Anfragen von Anwohnern und Lokalpolitikern wurden dann mit Äußerungen wie „dann sollen die Nachbarn mich doch anrufen, dann ich stelle ich die Störung sofort ab“ beantwortet. Das kann nicht akzeptiert werden!

Seit wann und warum gibt es denn überhaupt Außengastronomie in Rüttenscheid?

- In den 1990er gab es nur wenige Außengastronomie-Angebote in Rüttenscheid. Die SPD hat sich aber bereits damals positiv zur Außengastronomie geäußert und verhalten. Rückblickend ist daher festzustellen, dass die SPD in der Bezirksvertretung (BV) II zusammen mit der Verwaltung die Außengastronomie eingeführt hat.
- Auch als von 1999 - 2009 die Koalition aus CDU und Grünen in der BV II regierte, hat die SPD die meisten Genehmigungen ohne größere Einwände mitgetragen. An besonders sensiblen Stellen hat sich die SPD aber auch damals schon für die Interessen unmittelbar betroffener Anwohner sowie der übrigen Bewohner von Rüttenscheid eingesetzt. So wurde ein stärkerer Schutz vor Lärm, An- und Abfahrverkehr, Geruch usw. verlangt (so z.B. im Christinenpark).
- Seither sind in der BV II von insgesamt rund 85 Sondernutzungsgenehmigungen für die Außengastronomie 83 fast ohne Diskussion beschlossen worden, teilweise nach einem Ortstermin und Gesprächen mit den Gastronomen.

Doch worauf bezieht sich der aktuelle, von den Printmedien (WAZ) aufgebauchte Streit?

Konkret geht es lediglich um zwei Genehmigungen, nämlich den Christinenpark sowie ein kleines Café neben der Rüttenscheider Straße.

Im **Christinenpark** stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar:

- Im Jahr 2002 wurde auf dem alten Friedhof durch die BV II zusammen mit Grün und Gruga zuerst ein Spielplatz gebaut und einige Monate später eine sehr umstrittene Außengastronomie² genehmigt. Es wurde sogar eine Bürgerversammlung einberufen. In den ersten Jahren gab es zudem zahlreiche Klagen von Anwohnern. Auf Vermittlung der SPD kam ein Kompromiss zustande. Für Planung und Bau einer Terrasse (max. 100 qm) wurden von der Verwaltung insgesamt 75.000,-- € ausgegeben, davon 31.000,-- € für die Parkgestaltung, mit Zustimmung aller Fraktionen in der BV II.
- Im Jahr 2006³ wurde ein weiterer Antrag gestellt. Hierzu wurde unter Leitung des damaligen Bezirksbürgermeisters Herbert Baukhage (ehemals CDU) ein Ortstermin durchgeführt. Dieser hatte zum Ergebnis, dass eine zweite Außengastronomie nur unter sehr großen Bedenken genehmigt werden konnte. Dies sollte der letzte Eingriff in den Park sein.
- Der Antrag auf eine weitere – dritte - Genehmigung wurde in der konstituierenden BV-Sitzung am 8. November 2009 gestellt. Es ging hierbei um die Frage, ob weitere öffentliche Fläche für private Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollen, was mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. Auch hierfür muss sich die SPD verhöhnen lassen: „Die Bezirksvertre-

² Ergebnisprotokoll des OT vom 22.05.2002

³ Niederschrift vom 25.01.2007 (2590/2006)

ter wissen ja nicht einmal, was sie abgelehnt haben.“⁴; „Wer stoppt diesen Irrsinn?“; „Enteignung des öffentlichen Raumes jammern sie – Lächerlich“⁵. Was auf ordentlichem demokratischen Wege durch die Opposition nicht erreicht wurde, versucht man nun mit Helfershelfern (WAZ, IGR) diskriminierend noch zu erreichen, ohne die Interessen aller Anwohner zu berücksichtigen. Dabei ist man sich nicht zu schade auch persönliche Angriffe bei jeder sich bietenden Gelegenheit loszulassen.

- Die wichtige Rolle von Lokalpolitik und Verwaltung bei der Einrichtung der Außengastronomie wird häufig schlicht verschwiegen, stattdessen werden Behauptungen aufgestellt: „Irgendwann krepeln Privatleute die Ärmel hoch, schaffen Dreck und Spritzen weg ...“⁶ So ist z.B. nach Angaben der Polizei die Aussage zu den Spritzen unrichtig.

Die Situation des besagten Cafés an der **Siechenkapelle** sieht anders aus:

- Hierbei handelt es sich nicht um eine Außengastronomie im üblichen Sinne, denn diese liegen in der Regel direkt vor dem eigenen Schaufenster. Dies ist hier nicht der Fall.
- Stattdessen sollen einige Tische etliche Meter von dem Ladenlokal entfernt (an der Rütten-scheider Straße und entlang einer kleinen Backsteinmauer) aufgestellt werden. Diese Stelle war schon früher politisch umstritten. Nach einem kontroversen Ortstermin wurde die Genehmigung damals mit der Mehrheit von CDU und Grünen erteilt. Interessant ist aber, dass der Wirt nur einige wenige Male Tische aufgestellt hat und danach nicht wieder.
- An dieser Mauer ist dann auch der wahre Grund der aufgeheizten Debatte zu finden. Hier halten sich nämlich ab und an obdachlose Menschen auf. Da es nicht mehr sehr viele Sitzplätze auf der Rütten-scheider Straße gibt und auch die SPD häufiger zugestimmt hat, dass Sitzplätze ohne Rückenlehne aufgestellt werden (damit man nicht so bequem sitzen kann) und die neueren Sitzplätze nur Einzelsitze sind (damit man nicht so bequem liegen kann), geht es hier auch für die CDU um die Sitzmöglichkeiten der obdachlosen Menschen . Wir sehen unabhängig von der Sitzproblematik ein Kleinod der Rütten-scheider zugestellt, verdeckt und losgelöst vom eigentlichen Kaffeestandort in der Außengastronomie verschwinden. Dem wollen wir entgegenwirken.
- Die Interessengemeinschaft Rütten-scheid (IGR) sowie der CDU wenden sich schon seit längerer Zeit gegen die von ihnen sogenannten Trinkergemeinschaften und versuchen, diese Leute aus Rütten-scheid zu vertreiben. Angeblich würden sich die Geschäftsleute belästigt fühlen. Als SPD sind aber wir der Meinung, dass „eine Stadtgesellschaft [...] sich auch um weniger angenehme Gruppen kümmern [muss] und [...] diese nicht einfach nur vertreiben darf“⁷.
- Besonders unter Berücksichtigung der Geschichte und der Bedeutung der Siechenkapelle als Ort „der geistlichen Betreuung für Leprakranke auf dem Heymannhof ...“ („Leprakranke zu versorgen war Christenpflicht“)⁸ ist die unchristliche Haltung der CDU gegenüber Obdachlosen daher einmal mehr befremdlich.

Essen, im Mai 2011
mr, mk, gb

⁴ Dr. Krane WAZ vom 10.02.2010

⁵ Frank Steglein, WAZ vom 10.02.2010

⁶ Frank Steglein, WAZ vom 10.02.2010

⁷ Bezirksbürgermeister Michael Th. Roy im Radiointerview mit Radio Essen 2009

⁸ zitiert nach Kalender 2010 der IGR, ISBN 978 - 3 - 8375 - 0311 - 1